

300 Milliarden Dollar werden Jahr für Jahr für Rüstungszwecke verausgabt. Zwei Billionen Dollar hat die NATO seit ihrer Gründung für die Rüstung verpulvert. Sie hat von 1971 bis 1975 die Rüstungsausgaben verdoppelt. Weitere enorme Steigerungen sind bis 1980 geplant.

Ganze Gebirge von Massenvernichtungswaffen werden mit Hilfe des Popanz einer „sowjetischen Gefahr“ angehäuft. Das Geschäft mit der Angst wird vom Antikommunismus ins Extrem gesteigert. Um es zu sichern, werden Abrüstungsinitiativen und -Vorschläge der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft in den NATO-Staaten verschwiegen oder entstellt.

Wie antikommunistische „Informations“-Politik in der BRD den Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages behandelte, „einen Vertrag abzuschließen, der festlegt, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden“⁴, zeigen folgende Beispiele.

Die „Bild-Zeitung“, eine Tageszeitung des Springer-Konzerns mit einer Auflage von über vier Millionen Exemplaren, er-

schien am 27. November 1976 mit der Großaufmachung: „Deutscher-Brauerei-Erbe entführt! 2 Millionen Lösegeld! Ermordet?“ Auf der letzten Seite des Blattes dann, ganz versteckt, in kleinster Aufmachung, ganze vier Zeilen für den für alle Europäer so bedeutsamen Vorschlag. In einem Kommentar dazu auf Seite 2 erfährt der Leser kein Wort zum Vorschlag selbst, aber die Lüge, daß die Warschauer Vertragsstaaten angeblich einen „Blitzkrieg“ gegen den Westen vorbereiten würden!

In der „BZ“, ebenfalls vom Springer-Konzern, finden sich an diesem Tage auf Seite 2 unter vielem anderen vier ganze Zeilen zur neuen Friedensinitiative des Sozialismus. In einigen anderen Zeitungen wird die sozialistische Initiative am gleichen Tage als „politische Propaganda“ hinterhältig diffamiert.

Für den Militär-Industrie-Komplex zahlt sich dieser massive Antikommunismus in enorm hohen Profiten für das Rüstungskapital aus. Rüstungsprofite sind mindestens einhalb bis zweimal höher als Profite in der zivilen Produktion.

Negative Reaktion auf die Erfolge der Entspannung

Der bürgerliche BRD-Politologe Eugen Kogon bezeichnet den Antikommunismus als „parteilich und weltanschaulich instrumentalisierten GewohnheitsWahnsinn“. In der Tat ist der verschärfte Antikommunismus, wie wir ihn gegenwärtig erleben, die negative Reaktion der Kräfte der Reaktion, des Militarismus und Revanchismus auf die Erfolge der internationalen Entspannung und des sozialen Fortschritts in der Welt. Er ist der Versuch der reaktionären Kräfte des Imperialismus, verlorene Positionen zurückzugewinnen, das Wettrüsten noch

mehr zu steigern, Druck auf die sozialistischen Staaten auszuüben, zum kalten Krieg zurückzukehren.

Dabei spielen die imperialistischen Diversionssender eine üble Rolle. Fortlaufend mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder ein. Die Methoden und die Formen dieser Versuche sind unterschiedlich. Der Antikommunismus bedient sich der Lüge und der Halbwahrheit, der Methode der Verfälschung oder des Verschweigens, der Verleumdung oder der Schmeichelei.

Sein Ziel bleibt stets das glei-

che: Er will dem Sozialismus Schaden zufügen. Er möchte die Bewegung für Frieden und Entspannung schwächen. Er strebt danach, die Entwicklung des Vertrauens zwischen den Völkern aufzuhalten und Mißtrauen zu säen. Er will spalten. Es ist unser Feind.

Der klare Blick für neue Möglichkeiten, auf dem Wege der friedlichen Koexistenz weiter voranzukommen — das unterstreicht der IX. Parteitag — läßt uns niemals übersehen, daß der Imperialismus sein ihm eigenes aggressives und expansives Wesen nicht verloren hat. Davon haben wir stets auszugehen - und zugleich alles zu tun, um den Antikommunismus und Antisowjetismus zurückzudrängen und zu isolieren; um den Sozialismus zu stärken und die Wahrheit über ihn zu verbreiten.

Als Marx und Engels dem Antikommunismus eine entsprechende Abfuhr erteilten, hatte der Kapitalismus sein höchstes und letztes Stadium, den Imperialismus, noch nicht erreicht. Heute beweisen die Gebrechen und Verbrechen, die sein System hervorbringt, daß der Imperialismus, wie Lenin vor 60 Jahren nachwies, „sterbender Kapitalismus“ ist.

Der Antikommunismus soll seinen Tod verzögern. Doch - auch verschärfte antikommunistische Hetze kann die historische Tatsache und Wahrheit nicht aus der Welt schaffen, daß die Zukunft dem Sozialismus und dem Frieden gehört, unserer zutiefst humanistischen Sache.

Dr. Georg Grasnick

1) Marx/Engels-Werke, Bd. 4, Dietz Verlag Berlin, 1959, S. 461.

2) Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Dokumente und Reden, Dietz Verlag Berlin, 1976, S. 23.

3) Neues Deutschland, 19. Januar 1977.

4) Neues Deutschland, 27./28. November 1976.